

Ausgabe 2023

SP Burgdorf



Aktuell



Anette Vogt und Karin Karrer, Präsidentin und Vizepräsidentin der SP Burgdorf. Sie politisieren im Stadtrat und tauschen sich auch nach den Sitzungen gern parteiübergreifend aus.

Liebe Lesende

Wir alle wissen, die letzten Jahre waren happig. Diverse Krisen haben uns gefordert. Doch nicht allem stehen wir machtlos gegenüber. So hat sich die SP Burgdorf unter anderem mächtig ins Zeug gelegt und zusammen mit dem Mieterverband vor gut sechs Jahren die Gemeinde-Initiative «Für bezahlbares Wohnen in Burgdorf» lanciert. Beim fleissigen Unterschriftensammeln wurde uns oft erzählt, wie schwierig es sei, eine passende und bezahlbare Wohnung zu finden. Schliesslich wurden mehr als 1300 Unterschriften eingereicht. In einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung hat diese einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet. Im Dezember 2022 wurde er mit einer klaren Mehrheit im Stadtrat angenommen. Das Referendum wurde von denjenigen, die glauben, dass der Markt das Wohnungsangebot gerecht regelt, nicht ergriffen. Somit konnte am 30. Juni 2023 die Initiative feierlich zurückgezogen werden. Jetzt ist das angepasste Baureglement in Kraft. Neu müssen grössere Überbauungen mindestens einen Drittel preisgünstigen Wohnraum enthalten. Damit entstehen Wohnungen, mit denen sich niemand unanständig bereichern kann. Erfahrungsgemäss bleiben die Mieten so langfristig mindestens 20 Prozent unter dem Durchschnitt. Zudem wird dank der SP auch der gemeinnützige Wohnungsbau gefördert. Dieser soll, getreu den Werten der SP, in einer grosszügig begrüntem und damit entsiegelten Umgebung gebaut werden. Denn so können wir immer heisser werdende Sommer in einem angenehmeren Stadtklima verbringen.

Netto-Null – Stadtklima



Fabian Käsermann

Stadtrat Burgdorf, Mitglied Geschäftsprüfungskommission und Gymnasiumscommission

Peter Biedermann

SP Burgdorf

Netto-Null ist die Zielsetzung sämtliche Treibhausgas-Emissionen soweit zu reduzieren, dass wir insgesamt nicht mehr produzieren als durch die Natur ausgeglichen werden kann. Damit bleibt der Anteil an Treibhausgasen weltweit konstant und steigt nicht weiter an.

Zur Verbesserung des Stadtklimas sollten intensive Begrünung auf Dächern, Innenhöfen und auf Freiflächen zum Standard werden. Damit lässt sich das Mikroklima verbessern und ein Klimateffekt erreichen.

Die Stadt Burgdorf soll bis 2050 klimaneutral sein. Die Stadtverwaltung will die Klimaneutralität bereits 2030 erreichen. Dieses Ziel kann durch die rasche Umsetzung von Massnahmen erreicht werden, welche durch SP Vorstösse gefordert wurden.

Grosse Fortschritte sind vor allem in den Bereichen Gebäude und Mobilität möglich. Energetische Sanierungen (Isolation) und Wärmerückgewinnungen bei den Gebäuden senken den Energieverbrauch massiv. Die rasche Umsetzung wird erreicht, wenn ab sofort alle neu erstellten Gebäude einen stark reduzierten Energieverbrauch aufweisen (in etwa Passivhausstandard).



Im Bereich Mobilität führt eine forcierte Förderung des Langsamverkehrs und ein Ausbau des ÖV zu markanten Einsparungen im CO₂-Ausstoss und Energieverbrauch.

Die beste Energie ist diejenige die gar nicht verbraucht wird – mit Effizienz und Wärmerückgewinnung kann viel erreicht werden.



Unser Konsumverhalten hat direkt und indirekt grosse Auswirkungen auf den Energieverbrauch, oft in Form von grauer Energie. Die Stadt muss hier eine Vorbildrolle einnehmen und mit Informationskampagnen zum energiearmen Konsumverhalten einen grossen Beitrag zur Sensibilisierung der Bevölkerung leisten.

Damit die Klimaziele erreicht werden, muss die Stadt investieren. Diese Investitionen kommen dem Gewerbe und der Bevölkerung zu Gute, es sind Investitionen in die Zukunft und in eine steigende Lebensqualität.

Stadtklima

In den Sommermonaten ist die Belastung der Wohnbevölkerung durch die Hitze in den Städten gross. Mit einer Zunahme dieser Hitzewellen in den nächsten Jahren muss gerechnet werden.

Intensive Begrünung auf Dächern, Innenhöfen und auf Freiflächen sowie vor allem Bäume können die Temperaturen in Städten reduzieren und das Stadtklima spürbar verbessern.

Mehr Bäume und mehr Grünflächen in den urbanen Gebieten fördert die Lebensqualität. Ein grosses Potential für Massnahmen gibt es entlang von Strassen und Wegen. Solche Grünflächen lassen sich oft mit dem Rückhalt von Regenwasser kombinieren.

Mit Bäumen, Sträuchern und Grünflächen aufgewertete Verkehrsachsen und Plätze sind attraktiv für Fussgänger und Velofahrer. Davon profitiert der Klimaschutz und die Luftqualität. Kinder finden eine interessantere Umgebung. Zudem fördern vernetzte Grünbereiche in überbauten Gebieten die Biodiversität.

Der Ausbau der blaugrünen Infrastrukturen kann zur Kühlung, als Lebensraum und als Schutz vor Hochwasser führen.



Unsere Zukunft statt ihre Profite - für echte Klimagerechtigkeit!



Tanja Blume
Stadträtin Burgdorf
Co-Präsidentin JUSO Emmental
Vorstand Jugendforum
Ämmitau

Im Sommer 2021 brachten Jahrhundertüberschwemmungen in Deutschland mindestens 180 Todesopfer, ein Jahr später wurde Pakistan von Überschwemmungen und hatte im selben Sommer Temperaturen von über 50 Grad. Die Klimakrise ist längst nicht mehr nur Theorie, sondern sie trifft tagtäglich Menschen auf unserem Planeten. Die neue Initiative der JUSO will nichts mehr und nichts weniger als eine lebenswerte Zukunft für alle. Dies geht nur, indem die Superreichen Verantwortung übernehmen und einen gerechten Anteil an der Bekämpfung der Klimakrise finanzieren.

Mehr Infos und Unterschriftenbögen unter: <https://zukunft-initiative.ch/>

Auch in der Schweiz bleiben wir nicht verschont von den Auswirkungen der Klimakrise. Alle, die diesen Winter Skifahren gingen (oder es zumindest versuchten), haben dies mit eigenen Augen gesehen. Um auf die Dringlichkeit der Problematik aufmerksam zu machen, lancierte die JUSO Schweiz im August 2022 die „Initiative für eine Zukunft“ im ausgetrockneten Flussbett der Emme. Die Message war klar: Nicht die 99%, sondern die Superreichen, sollen für die Klimakrise zahlen!

Die Initiative verlangt, dass auf dem Nachlass und auf Schenkungen von natürlichen Personen eine Steuer erhoben wird. Der Steuersatz beträgt 50%, jedoch gibt es einen Freibetrag von 50 Millionen CHF. Es wird erst besteuert, was darüber ist. Die Einnahmen werden zur sozial gerechten Bekämpfung der Klimakrise sowie für den dafür notwendigen Umbau der Gesamtwirtschaft verwendet. Es wären etwa 2'000 Personen in der Schweiz von der Steuer betroffen und es ergäben sich Steuereinnahmen von durch-

schnittlich 6 Milliarden CHF pro Jahr.

Denn genau diese Superreichen profitieren am meisten vom System, welches die Klimakrise verursacht: dem Kapitalismus. Sie tragen mit ihren Investitionen auch am meisten dazu bei, dass die Klimakrise weiter befeuert wird. So verursacht eine einzige Person mit einem milliardenschweren Vermögen ca. eine Million Mal mehr CO₂-Emissionen als eine Person, welchen zu den ärmsten 90% der Weltbevölkerung gehört. Eine Gruppe von nur 125 Milliardär*innen stossen gleich viel CO₂ aus wie ganz Frankreich.

Die bürgerliche Klimapolitik ist gescheitert: Sie vertraut auf Marktmechanismen und „Anreize“, setzt auf Eigenverantwortung und glaubt, Technologie alleine könne das Problem beseitigen. Kleine Fortschritte wie das neue CO₂-Gesetz scheitern an der Urne. Statt bürgerliche Pflasterlipolitik zu machen, muss das Problem jetzt an der Wurzel angegangen werden: Wir

wollen eine gerecht finanzierte Klimapolitik. Es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit – und umgekehrt!

Mit der Initiative für eine Zukunft können die zahlreichen Vorschläge zur Bekämpfung der Klimakrise endlich finanziert werden. Bezahlbarer und gut ausgebauter öffentlicher Verkehr, Ersetzen von fossilen durch erneuerbare Energien, eine nachhaltige Landwirtschaft, Umbau von Wirtschaftszweigen für eine nachhaltige Zukunft und noch vieles mehr. Diejenigen, die sagen, dass wir uns das nicht leisten können, liegen falsch. Es ist gerade umgekehrt: Wir müssen uns diese Dinge leisten, wenn wir eine lebenswerte Zukunft auf diesem Planeten wollen.

Unterstütze deshalb auch DU jetzt die Initiative für eine Zukunft! Rede mit deinen Freund*innen darüber, teile unsere Inhalte auf den sozialen Medien, spende Geld und sammle Unterschriften. Zusammen kämpfen wir für Zukunft statt Krisen!

Initiative für bezahlbares Wohnen in Burgdorf



Peter von Arb
Gemeinderat Burgdorf



IMPRESSUM

Herausgeber Sozialdemokratische Partei Burgdorf

Kirchbühl 26, 3400 Burgdorf

www.sp-burgdorf.ch

info@sp-burgdorf.ch

Texte

Anette Vogt, Karin Karrer, Fabian Käsermann, Peter Biedermann, Tanja Blume, Peter von Arb

Bildnachweis

Archiv SP Burgdorf, Internet

Auflage

3'000

Mit dem Ziel der Förderung von preisgünstigem Wohnraum in Burgdorf hat die SP Burgdorf im Herbst 2016 beschlossen, eine Gemeindeinitiative zu starten. Nach der Bildung des Initiativkomitees, das sich aus Mitgliedern der SP Burgdorf und des Mieterinnen- und Mieterverbands der Regionalgruppe Emmental – Oberaargau zusammensetzte, stand die Namensgebung und die Erarbeitung des Initiativtextes im Vordergrund. Dazu gab es zu Beginn verschiedene Grundsätze zu diskutieren.

Burgdorf ist im Aufschwung; es wird viel gebaut und die Stadtbevölkerung wächst. Das erscheint auf den ersten Blick sehr positiv, aber es besteht auch die Gefahr, dass günstiger Wohnraum mehr und mehr verschwindet. Viele junge Familien, Alleinerziehende und auch ältere Menschen sind jedoch auf bezahlbare Wohnungen angewiesen. Die intensiven Diskussionen um die Neuüberbauung am Uferweg haben klar aufgezeigt: Die Stadt Burgdorf muss die Entwicklung im Wohnungsbau umsichtig lenken. Auch Menschen mit schmalere Budget sollen hier geeigneten Wohnraum finden, heute und zukünftig. So soll mindestens ein Drittel des neu geschaffenen Wohnraums dem Prinzip der Kostenmiete unterstellt sein und auf Dauer unterstellt bleiben. Im Unterschied zur Marktmiete werden bei der Kostenmiete nur die effektiven Kosten (Unterhalt, Verzinsung, Amortisation, Verwaltung) berücksichtigt. Damit sind diese Wohnungen der Spekulation entzogen, was die Mietzinsentwicklung nachhaltig bremst.

Im Oktober 2016 begann die Unterschriftensammlung, mit dem Ziel, 10% der stimmberechtigten Wohnbevölkerung für unser Anliegen zu gewinnen. Ein Jahr später, nach vielen unterstützenden und bewegenden Gesprächen mit der Bevölkerung, waren genügend Unterschriften eingeholt und diese (insgesamt über 1300) konnten mit Stolz dem Gemeinderat eingereicht werden. In guter Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und dem Initiativkomitee wurde anschliessend ein Gegenvorschlag ausgearbeitet, dies als guter Kompromiss und auf der Basis von bewährten Lösungen in anderen Gemeinden.

Gegenvorschlag: „Bei Ein- oder Umzonungen in Zonen mit Wohnnutzung mit einem zusätzlichen Nutzungsmass von mindestens 3'000 m² Geschossfläche oberirdisch muss mindestens ein Drittel der zusätzlichen Wohnnutzung als preisgünstiger Wohnraum im Sinne der eidgenössischen Wohnraumförderungsverordnung vom 26. November 2003 (WFV) erstellt und dauerhaft in Kostenmiete vermietet werden. Oder der dafür nötige Boden muss durch Verkauf oder im selbstständigen und dauernden Baurecht an eine gemeinnützige Organisation im Sinne von Art. 37 WFV abgegeben werden, welche die Wohnungen dauerhaft in Kostenmiete vermietet“.

Nach der klaren Zustimmung des Stadtrates im Dezember 2022 und dem Ablauf der Referendumsfrist ohne Eingabe ist die Förderung des preisgünstigen, gemeinnützigen Wohnungsbaus in Burgdorf definitiv im Baureglement verankert. Damit wurden die Ziele der Initiative „Für bezahlbares Wohnen in Burgdorf“ erfolgreich erfüllt und das Initiativkomitee konnte im vergangenen Juni die Initiative zu Gunsten des Gegenvorschlags offiziell zurück ziehen.

Im Namen des Initiativkomitees danken wir euch herzlich für eure grosse Unterstützung.

Peter von Arb, Urs Geiser, Manfred Schaffer, Yves Aeschbacher, Fabian Käsermann, Gabriela Bannwart, Andrea Lüthi, George Burkhard.